

Psychotherapeutische Versorgung mangelhaft - Österreichischer Bundesverband für Psychotherapie fordert zielführende Maßnahmen vom Hauptverband der Sozialversicherungsträger

Wien, 20.06.2011 – Der Österreichische Bundesverband für Psychotherapie (ÖBVP) fordert seit Jahren effiziente Verhandlungsgespräche mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger (HVB) bezüglich eines Gesamtkassenvertrags zur psychotherapeutischen Versorgung der Bevölkerung. Die Ergebnisse einer aktuellen Studie der Gesundheit Österreich GmbH/Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen (GÖG/ÖBIG) und einer eigenen Erhebung der Sozialversicherung zeigen, dass der Appell des ÖBVP brisanter ist denn je: Das Versorgungsangebot in Österreich ist nicht ausreichend. Rund 65.000 Personen haben im Jahr 2009 Psychotherapie in Anspruch genommen. Der Bedarf liegt wesentlich darüber: zwischen 2 und 5 Prozent der Bevölkerung, das sind 168.000 und 400.000 Personen.

Der Versorgungsgrad mittels Psychotherapie liegt nun gerade einmal bei 0,8 Prozent. Die nach wie vor größten Hürden für PatientInnen sind laut GÖG/ÖBIG lange Wartezeiten auf Kassenplätze. Das hat zur Folge, dass sich etwa 35.000 aller Psychotherapie-PatientInnen an niedergelassene PsychotherapeutInnen wenden, die keine kassenvollfinanzierten Psychotherapien anbieten können. Die Versicherungsträger finanzieren dazu zwar einen Kostenzuschuss, dieser deckt in der Regel jedoch nur ein Viertel der Behandlungskosten. Viele Betroffene können keine Psychotherapie in Anspruch nehmen, da sie keine Kassenplätze finden oder sich eine großteils selbst zu zahlende Psychotherapie nicht leisten können. Der ÖBVP sieht, ebenso wie GÖG/ÖBIG, in der Einführung der kassenfinanzierten Psychotherapie einen Meilenstein im Gesundheitssystem. „Wir haben unsere Versorgungskonzepte sowohl dem Gesundheitsminister als auch dem Hauptverband vorgelegt. Wir hoffen nun, aufgrund der alarmierenden Zahlen, auf eine ernsthafte Gesprächsbereitschaft von Seiten des Hauptverbandes“, so Dr.ⁱⁿ Eva Mückstein, Präsidentin des ÖBVP.

Das langjährig verfolgte Ziel des ÖBVP, die durchgängige Kassenfinanzierung der Psychotherapie, ist auch aus Sicht der GÖG/ÖBIG ein wesentlicher Schritt zur Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgungslage. Das meinen GÖG/ÖBIG dazu:

- § Psychotherapie-Angebot erweitern und Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten sichern,
- § Kontingentierung der kassenfinanzierten Psychotherapie-Einheiten aufheben,

- § Psychotherapeutische Versorgung vereinheitlichen und der medizinischen Versorgung gleichstellen,
- § Gesamtvertrag für Psychotherapie (zwischen Kassen und ÖBVP) ist ein probater Weg zur Verbesserung der Versorgungslage,
- § Nachfrageorientierung zur Qualitätssicherung fehlt aufgrund der Kontingentierung,
- § Datenlage zur psychotherapeutischen Versorgung muss wesentlich verbessert werden.

Psychische Erkrankungen verursachen Langzeitkrankenstände und Frühberentungen 900.000 Menschen in Österreich nahmen laut Hauptverbandsstudie im Jahr 2009 das Gesundheitssystem wegen psychischer Erkrankungen in Anspruch, die Kosten dafür liegen bei 750 Millionen Euro. Alarmierend ist vor allem die Tendenz zum Anstieg psychischer Erkrankungen: Krankenstände wegen psychischer Diagnosen steigen doppelt so stark an wie jene mit körperlichen Ursachen. Von 2007 auf 2009 ist ein Anstieg um 22 Prozent zu verzeichnen, während bei körperlichen Erkrankungen ein Anstieg um nur 10 Prozent festzustellen ist. Psychische Erkrankungen sind mittlerweile auch bereits die häufigste Ursache für die Inanspruchnahme von Frühpensionen, jede dritte Frühberentung geht auf psychische Diagnosen zurück.

Für weitere Informationen:

Dr.ⁱⁿ Eva Mückstein, Präsidentin ÖBVP

T: 0676/600 46 76, E: eva.mueckstein@aon.at

Mag.^a Barbara Zsivkovits, Presse & PR ÖBVP

T: 01/512 70 90.23, E: oebvp.zsivkovits@psychotherapie.at www.psychotherapie.at